



jugendforum\*  
darmstadt



U18-Landtagswahl Darmstadt 2023 <https://u18darmstadt.de/>

Wahlkreis 49 Darmstadt Stadt I

## Die LINKE - Maria Stockhaus

**Was können oder werden sie, wenn sie in den Landtag gewählt werden, für Kinder und Jugendliche tun in Bezug auf:**

### 1. Partizipation (Mitbestimmung in Politik, Alltag und Schule...)

Wenn ein Mensch in seinem Umfeld von etwas betroffen ist, muss es dieser Mensch auch mitbestimmen dürfen. Dieses „betroffen sein“ kann dabei vieles umfassen. Das reicht vom Schulbeginn, über die Pausengestaltung, Projektstage, Gestaltung der Klassenräume, Klassengrößen und die Busse und Bahnen zur Schule oder zum Sport, Radwege oder Freizeitangebote und Spielplätze in der Nähe.

Mitbestimmung muss also auf allen Ebenen möglich sein. „Ebenen“ können dabei eure Klasse, eure Schule, eure Straße, euer Viertel, eure Stadt oder auch das Bundesland sein. Für all das gelten unterschiedliche Regeln und diese werden von unterschiedlichen Menschen gemacht. Diese Menschen sind entweder Politiker\*innen oder Menschen der Verwaltung. Da diese Regeln sehr oft aber sehr viele Menschen betreffen, müssen diese Menschen eingebunden werden.

Damit Menschen eingebunden werden können, mitbestimmen können, müssen diese auch das Wissen übermittelt bekommen, dass für solche Entscheidungen notwendig ist. Das nennt sich Transparenz über die Entscheidungsprozesse.

Für mich ist Mitbestimmung sehr wichtig. Mitbestimmung muss möglichst vielen Menschen ermöglicht werden und muss alle Lebensbereiche betreffen. Wichtig ist dabei, dass alle Menschen eingebunden werden, die davon betroffen sind. Wenn ein Klassenzimmer gestaltet werden soll, dann sind das überwiegend die Schüler\*innen und Lehrer\*innen, die dieses nutzen. Vielleicht aber auch die Reinigungskraft, die es sauber halten muss. Oder Menschen, die für die Sicherheit zuständig sind.

Damit Schüler\*innen mitreden können, sollte das Wahlalter in einem ersten Schritt auf 16 Jahr herabgesetzt werden. Wir wollen, dass Entscheidungen möglichst transparent sind. So sollen entsprechende Sitzungen live übertragen und aufgezeichnet werden. Es dürfen keine Absprachen rein zwischen Wirtschaft und Politik getroffen werden, ohne andere betroffene Menschen in die Entscheidung einzubinden. Dazu wollen wir Bürgerbegehren stärken und die Volksbegehren und Volksentscheide weiterentwickeln, damit diese einfacher erfolgreich durchgeführt werden können.

Mehr Mitbestimmung ist aber auch viel Arbeit für alle Beteiligten. Es braucht Wissen. Es muss diskutiert werden. Es müssen Kompromisse ausgehandelt werden. Doch all das lohnt sich, denn durch gemeinsames Arbeiten an einem Thema können die für alle betroffenen Menschen besten Ergebnisse erzielt werden.





jugendforum\*  
darmstadt



U18-Landtagswahl Darmstadt 2023 <https://u18darmstadt.de/>

Wahlkreis 49 Darmstadt Stadt I

Die LINKE - Maria Stockhaus

## 2. politische Bildung (in der Schule, außerhalb der Schule, in Jugendverbänden und politischen Gruppen...)

Die Grundlage für Mitbestimmung und somit für das Einbringen der eigenen Interessen und Bedürfnisse, ist Wissen. Dafür ist es wichtig, zu verstehen um was im jeweiligen Thema geht und wie das bisher funktioniert oder auch künftig funktionieren soll. Und wie sich das eine oder das andere auf mich oder die Menschen um mich herum auswirkt. Darum braucht es politische Bildung. Diese kann zum Beispiel anhand von aktuellen Diskussionen in der Stadt erfolgen (Bsp.: Soll Wald für eine neue Straße gerodet werden?) oder auch von globalen Themen (Bsp.: Was tun gegen die Klimakrise?)

Dies muss selbstverständlicher Teil der Schule als auch außerhalb dieser möglich sein. Dafür muss z.B. durch das Bundesland Hessen Geld bereitgestellt werden, damit Vereine über bestimmte Themen informieren können oder auch Gedenkstätten oder Museen eingerichtet und erhalten werden können.

Politische Bildung ist die Grundlage für Mitbestimmung. Die Schule muss dafür die Grundlage schaffen und Gewerkschaften, Jugendverbände u.ä. können dann jeweils zu bestimmten Themen eine gute Ergänzung und Vertiefung bieten.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

HESSEN



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



Wissenschaftsstadt  
Darmstadt





jugendforum\*  
darmstadt



U18-Landtagswahl Darmstadt 2023 <https://u18darmstadt.de/>

## Wahlkreis 49 Darmstadt Stadt I

### Die LINKE - Maria Stockhaus

#### 3. Klimakrise, Gestaltung einer nachhaltigen Gesellschaft

Den meisten Menschen ist der Begriff „Klimakrise“ inzwischen bekannt. Leider scheint die Dringlichkeit des Problems aber noch nicht vollkommen verstanden worden zu sein. Oder es werden schlicht die falschen Prioritäten gesetzt.

Ziel war immer die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius. Deutschland hat diese Erwärmung fast erreicht. Und die Erde leider auch. Der Kampf gegen die Klimakrise und für eine nachhaltige Gesellschaft ist daher eine der wichtigsten Aufgaben, die ich für die nahe Zukunft sehe. Und es ist das Wichtigste, was wir für die Zukunft von Kindern und Jugendlichen tun können. Als Gesellschaft muss es unser Ziel sein, einen bewohnbaren Planeten weiterzugeben.

Dies werden wir nicht schaffen, in dem wir alle auf Plastikstrohhalm verzichten, keinen Coffee-to-go trinken und nie wieder Plastikbesteck verwenden oder nicht mehr mit dem Flugzeug in den Urlaub fliegen. Dies Einzelmaßnahmen einzelner Menschen greifen zu kurz. Denn trotz allen damit erreichten Einsparungen, werden wir die Treibhausgasemissionen nur geringfügig reduzieren. Es braucht also andere Maßnahmen. Diese sehr schnell.

Zum einen ist es für mich wichtig zu verstehen, dass diese Klimakrise nicht einfach nur menschengemacht ist. Die Klimakrise ist eine Krise unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems, des Kapitalismus. Dieser misst der Natur und dem Klima keinerlei Wert zu, wenn damit kein Profit gemacht werden kann. Der Kapitalismus basiert auf einem ständigen bestreben zu wachsen. Es muss immer alles mehr und größer werden. Aber dieser Planet ist endlich. Alles auf diesem Planeten ist endlich. Unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten ist nicht möglich. Daher ist für mich auch ein Wirtschaftssystem notwendig, dass nicht auf Wachstum beruht.

Allerdings ist das wohl eher ein langfristiges Ziel. Auf dem Weg dahin können wir aber die folgenden Dinge tun, die die Klimakrise ernst nimmt:

- Energiewende: Reduktion des Energieverbrauchs und Erneuerbare Energie verpflichten umsetzen (Sonne, Wind, Erdwärme)
- Energiepreise deckeln: die Kosten der Energiewende müssen gerecht verteilt werden und dürfen nicht zu Lasten von Menschen gehen, die bereits jetzt wenig Geld haben
- Verkehrswende: Bus und Bahn statt Autobahn (keine neuen Straßen, dafür aber mehr Bus und Bahn und das für möglichst wenig Geld und für alle) und Luftverkehr verringern
- Häuser dämmen/sanieren: damit weniger geheizt werden muss
- Wälder erhalten: keine neue Flächenversiegelung
- Ökolandbau in Hessen ausweiten und Tierschutz verbessern





jugendforum\*  
darmstadt



U18-Landtagswahl Darmstadt 2023 <https://u18darmstadt.de/>

Wahlkreis 49 Darmstadt Stadt I

Die LINKE - Maria Stockhaus

#### 4. Europa und Einwanderung, Umgang mit Geflüchteten.

Solidarität ist ein hohes Gut und es gilt, diese allen Menschen entgegen zubringen. Daher steht für mich außer Frage, dass Menschen in Not geholfen werden muss. In Not können Menschen durch Krieg, Hunger, politische Verfolgung, Armut, Unwetter oder ähnlichem sein. Jeder Mensch hat ein Recht auf Asyl! Das steht in der Verfassung, in der UN-Menschenrechtskonvention, in der UN-Flüchtlingskonvention, in der Europäischen Menschenrechtskonvention. Dort steht es mit gutem Grund.

Die Europäische Union und die Bundesrepublik und die Länder begehen täglich Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die EU lässt mit Unterstützung von Deutschland Menschen ertrinken, erfrieren und schiebt sie in Länder ab, in denen sie um ihr Leben fürchten müssen. Das ist nicht der Umgang mit Menschen, den ich unseren Kindern und Jugendlichen zeigen möchte.

Als Linke wollen wir ein solidarisches, ein friedliches Europa. Damit stellen wir uns gegen die zunehmende Militarisierung der EU und fordern die Abschaffung der Aufrüstungsverpflichtungen. Wir wollen eine kooperative und solidarische Außen-, Entwicklungs-, und Menschenrechtspolitik. Wir stehen für offene Grenzen und gegen eine „Festung Europa“, die Menschen im Mittelmeer ertrinken lässt.

Wir wollen all das, weil geflüchtete Menschen sind so oft auch Babys, Kinder, Jugendliche. Diese jungen Menschen sollen sich hier bei uns eine Zukunft in Frieden aufbauen können. Ihnen sollen die gleichen Rechte und Möglichkeiten eingeräumt werden, wie allen anderen auch. Kinder sind immer auf unsere Hilfe und unseren Schutz angewiesen; diesen wollen ihnen die Menschen gewähren, die mit ihnen fliehen. Und das müssen auch wir.

